TISCHENDORF & MARGREITER

Steuerberatung seit 1966

Tischendorf & Margreiter Steuerberatungs KG • A-8010 Graz, Katzianergasse 2 • Telefon: +43 316 82 51 01 • Fax: DW -99 office@treuhand.co.at • www.treuhand.co.at

Wirtschafts- & Steuerrecht für die Praxis April 2026

KLIENTEN-INFO

EIN SERVICE FÜR KLIENTEN UND INTERESSENTEN



ÄNDERUNGEN IN DER RECHNUNGSLEGUNG UND OFFENLEGUNG DURCH DAS NACHHALTIGKEITS-BERICHTSGESETZ

Nach jahrelangem Warten ist das **Nachhaltigkeitsberichtsgesetz** (NaBeG) am 19.2.2026 in Kraft getreten. Diskutiert wurde das NaBeG lange, vor allem im Hinblick auf die Umsetzung der **Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)**, die zu massiven Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung führt. Aber auch in Sachen **Rechnungslegung** und **Offenlegung** bringt das NaBeG einige Änderungen bzw. **Verschärfungen**.

Gleich vorweg: Einige im Begutachtungsentwurf noch enthaltene Änderungen, die auch durch die Medien gegangen sind, sind im endgültigen Gesetzestext nicht mehr enthalten. Die angedachte **Verpflichtung für Holding-GmbHs** zur Ermittlung der Größenklasse auf Basis konsolidierter Schwellenwerte kommt nicht und bleibt **weiterhin** nur **auf Aktiengesellschaften beschränkt**. Dies führt dazu, dass in vielen Fällen weiterhin **keine Prüfungspflicht für den Jahresabschluss der Holding-GmbH** gegeben ist, auch wenn darunter maßgebliche Tochtergesellschaften hängen. Auch die **Erhöhung** der **Zwangsstrafen für die nicht zeitgerechte Offenlegung von Jahresabschlüssen**, die einen Strafrahmen von bis zu 5 % der jährlichen Umsatzerlöse bei wiederholten Verfehlungen zur Folge gehabt hätte, ist nicht gekommen. Wohl wurden aber die **Straftatbestände** im Bereich der **sonstigen Offenlegungsverstöße** umgesetzt.

In der **Rechnungslegung** wird für **Geschäftsjahre**, die nach dem 31. Dezember

INHALT April 2026

» Änderungen in der Rechnungslegung und Offenlegung durch das Nachhaltigkeitsberichtsgesetz

» Mehr Details zur Umsatzsteuersenkung auf Nahrungsmittel

» Arbeiten in der Teilpension

» Depotübertragung kann zur fiktiven Veräußerung führen

» Doppelte Haushaltsführung und Familienwohnsitz – Werbungskosten und Pendlerverordnung

ÄNDERUNGEN IN DER RECHNUNGSLEGUNG UND OFFENLEGUNG DURCH DAS NACHHALTIGKEITSBERICHTSGESETZ

2026 beginnen, das **Disagio abgeschafft** und durch die in der internationalen Rechnungslegung bereits etablierte **Effektivzinsmethode** ersetzt. **Aufwendungen**, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der **Aufnahme** von **Fremdkapital** stehen (beispielsweise Kreditprovisionen, Disagio, einmalige Gebühren etc.), sind **über die Laufzeit** aufwandswirksam zu **verteilen**. Unwesentliche Beträge können sofort als Aufwand erfasst werden. Dies führt auch zu einer **Angleichung** der unternehmensrechtlichen an die **steuerliche Vorgehensweise**, nach welcher Geldbeschaffungskosten bisher schon zu verteilen waren. Ein aus Vorperioden bereits aktiviertes Disagio darf weitergeführt werden.

Unternehmen, die einen **Nachhaltigkeitsbericht** zu erstellen haben, müssen im **Lagebericht** die **wichtigsten immateriellen Ressourcen** (z.B. selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände, Beschäftigte, Kundenbeziehungen etc.) anführen. Vorerst beschränkt sich diese Verpflichtung auf **börsennotierte Unternehmen** mit mehr als 500 Arbeitnehmern.

Entfall des Unterschriftenerfordernisses: Weiterhin gilt, dass Unternehmer das Datum der Aufstellung und die aufgestellte Fassung des **Jahres- bzw. Konzernabschlusses** zu dokumentieren haben. Diese Dokumentation kann weiterhin mit Unterschrift erfolgen. Die Unterschrift muss aber nicht zwangsläufig auf dem Jahresabschluss angebracht werden, wenn durch andere Maßnahmen sichergestellt wird, dass der aufgestellte Jahresabschluss nicht verändert werden kann. Dies kann beispielsweise mittels Generierung eines Codes (**„Hashwert“**) erfolgen, welcher **sicherstellt**, dass die elektronische Version der Unterlagen nur mehr durch Ausgabe eines anderen Codes verändert werden kann, und dieser Code unterschrieben wird. Ob diese Vorgehensweise sich in der Praxis dann auch durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.

In Bezug auf die **Offenlegungsverpflichtungen** kommt es zu folgenden Änderungen:

- Anzugeben ist bei der Offenlegung, ob eine **Konzernrechnungslegungspflicht** besteht,
- ob ein konsolidierter **Nachhaltigkeitsbericht** zu erstellen ist,
- ob ein konsolidierter **Corporate-Governance-Bericht** aufzustellen war oder
- ein Bericht über **Zahlungen an staatliche Stellen** aufzustellen war.

Für Einreichungen **ab** dem **1.7.2026** ist von den gesetzlichen Vertretern auch anzugeben, in welche **Größenklasse** die Gesellschaft im Berichtsjahr einzuordnen ist und ob die Gesellschaft im Berichtsjahr **kapitalmarktorientiert** oder eine sonstige Gesellschaft von öffentlichem Interesse war.

Verstöße unterliegen verschärften **Sanktionsbestimmungen**. Diesbezüglich gibt es folgende neue Tatbestände:

- Verstöße gegen die Aufstellung der Nachberichtserstattung,
- Verstöße gegen Angaben zum Verzicht auf die Einbeziehung von Tochterunternehmen im Konzernanhang,
- Verstöße gegen die Angaben zur Beteiligungsaufstellung im Konzernabschluss,
- Verstöße gegen die Angaben zur Selbsteinordnung zum Jahres- bzw. Konzernabschluss.

Die **Strafbeträge** belaufen sich bei mittelgroßen und großen Kapitalgesellschaften auf bis zu 7.000 € und bei kleinen Kapitalgesellschaften auf bis zu 3.600 €. Im Falle einer **wiederholten Säumnis** kann sich der Strafrahmen auf bis zu 20.0000 € bei kleinen und mittelgroßen Kapitalgesellschaften bzw. auf **bis zu 50.000 € bei großen Kapitalgesellschaften** erhöhen. Die Neuregelungen zu den Strafbestimmungen sind erstmals auf Unterlagen anzuwenden, die einen Abschlussstichtag nach dem 31.3.2026 betreffen.

MEHR DETAILS ZUR UMSATZSTEUERSENKUNG AUF NAHRUNGSMITTEL

Durch einen Ministerialentwurf **Mitte März** sind neue Details zur geplanten **Umsatzsteuersenkung** auf **Nahrungsmittel** bekannt geworden (siehe dazu auch KI 02/26). Klar ist, dass ab 1. Juli der **Umsatzsteuersatz** für ausgewählte Nahrungsmittel **auf 4,9 % gesenkt** wird, um zu einer finanziellen Entlastung bei den Einkäufen des täglichen Lebens beizutragen.

Die Gruppe der begünstigten Lebensmittel (gem. Kombinierter Nomenklatur) umfasst:

- Milch (auch laktosefreie) und Milcherzeugnisse wie Joghurt, Butter etc.;
- (frische) Hühnereier;
- Gemüse wie z.B. Kartoffeln, Tomaten, Knoblauch, Kohl, Gurken, Karotten, Erbsen, Spargel usw. Die Begünstigung


© Pixel-Shot - AdobeStock

gilt unabhängig davon, ob das Gemüse frisch, gekühlt oder gefroren ist.

- Obst bzw. genießbare Früchte – dies betrifft beispielsweise frische Äpfel, Birnen, frisches Steinobst (z.B. Marille, Kirsche, Pfirsich, Pflaume);
- Reis;
- Weizenmehl und -grieß;
- Teigwaren, jedoch weder gekocht, gefüllt noch anders zubereitet;
- Brot und Gebäck (auch glutenfrei);
- Speisesalz.

Ausgenommen vom begünstigten Mehrwertsteuersatz sind **Restaurantumsätze** – hier gelten auch weiterhin die bestehenden Sätze, da nur der Kauf im Supermarkt oder beim Erzeuger begünstigt sein soll.

Die weitere Gesetzwerdung bleibt abzuwarten – ebenso die Lösung von mit der Umsatzsteuersenkung verbundenen zolltarifarischen und mit der **Registrierkassensicherheitsverordnung** zusammenhängenden Fragen.

ARBEITEN IN DER TEILPENSION

Die seit 1.1.2026 geltende **Teilpension** kann in der Regel bei der **Pensionsversicherungsanstalt** (PVA) als zuständiger Pensionsversicherungsträger **beantragt** werden und führt dazu, dass die **Arbeitszeit reduziert** wird und zugleich ein Teil der **Pension bezogen** werden kann. Technisch ausgedrückt wird ein Teil des Pensionskontos geschlossen und als **Teilpension ausbezahlt**. Der Rest bleibt offen und wird mit Beiträgen und Versicherungsmonaten gespeist. Ziel dabei ist, einen **flexibleren** und **gleitenderen Übergang** von der Erwerbstätigkeit **in** die **Pension** – in Abhängigkeit von der jeweiligen Lebenssituation – zu ermöglichen.

Wesentliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Teilpension ist die **Reduktion** der **Arbeitszeit** um zumindest 25 % und ein entsprechendes **Antrittsalter** in Abhängigkeit von der Art der Pension. Bei der **Alterspension** gilt dies für Frauen ab 61,5 (ansteigend) und für Männer ab 65; bei Schwerarbeitspension ab 60 und bei **Langzeitversichertenpension** und bei **Korriodorpension** ab 62 (bei letzterer jedoch aktuell ansteigend auf ab 63). Hingegen kann die Teilpension nicht in Anspruch genommen werden, wenn sowohl eine unselbständige als auch eine **selbständige Erwerbstätigkeit** ausgeübt wird.

Die Teilpension sieht die folgenden **drei Modelle** vor – die entsprechende Arbeitszeitreduktion muss mit dem Arbeitgeber vereinbart werden:

» **25 % Teilpension**: die Arbeitszeit wird um 25 bis 40 % reduziert – dafür bekommt man 25 % der Pensionsleistung (Anteil der Gesamtgutschrift des Pensionskontos) zusätzlich zum reduzierten Gehalt.

» **50 % Teilpension**: die Arbeitszeit wird um 40,01 bis 60 % reduziert – dafür bekommt man 50 % der Pensionsleistung (Anteil der Gesamtgutschrift des Pensionskontos) zusätzlich zum reduzierten Gehalt.

» **75 % Teilpension**: die Arbeitszeit wird um 60,01 bis 75 % reduziert – dafür bekommt man 75 % der Pensionsleistung (Anteil der Gesamtgutschrift des Pensionskontos) zusätzlich zum reduzierten Gehalt.

Wesentlicher Vorteil der Teilpension ist, dass aufgrund **beibehaltener Beschäftigung** die **spätere Pension erhöht** werden kann, da weiterhin in die Pensionsversicherung eingezahlt wird – dabei bleibt das Nettoeinkommen während Teilpension und trotz Stundenreduktion üblicherweise vergleichsweise hoch. Die **Teilpension** kann auch **nach Erreichen** des **Regelpensionsalters** in Anspruch genommen werden, wodurch ein Teil des Pensionskontos weiterhin mit Beiträgen gespeist wird und somit nach Beendigung der Arbeitsleistung zu einem Zuschlag zur Pension führt.

Zu beachten ist, dass etwaige **Zu- oder Abschläge** von der Teilpension jenen gem. **Pensionsreform** entsprechen. Wird die Teilpension also vor Erreichen des Regelpensionsalters in Anspruch genommen, kann es zu Kürzungen kommen – ein Zuschlag kann bei Bezug nach dem Regelpensionsalter erfolgen. **Teilpension** und **Einkommen** (aus der beibehaltenen Beschäftigung) werden **lohnsteuerlich getrennt behandelt**. Zu bedenken ist auch, dass nach erstmaligem Bezug der Teilpension kein Anspruch mehr auf eine Langzeitversichertenpension, Schwerarbeitspension oder Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension besteht.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass die **Kombination** aus **Teilpension** und **Altersteilzeit nicht möglich** ist. Generell wurde der **Zugang zur Altersteilzeit erschwert**, indem die Dauer (schrittweise) auf maximal **drei Jahre vor** der **Erfüllung** der Anspruchsvoraussetzungen auf eine Korridorpension oder vor Vollendung des Regelpensionsalters **eingeschränkt** wurde. Zuvor war der Bezug von **Altersteilzeit** für **höchstens 5 Jahre** vor dem Regelpensionsalter vorgesehen.

DEPOTÜBERTRAGUNG KANN ZUR FIKTIVEN VERÄUSSERUNG FÜHREN

Depotentnahmen sowie **Depotübertragungen können** grundsätzlich zur **Steuerpflicht führen, da § 27 Abs. 6 EStG hierfür fiktive Veräußerungstatbestände** vorsieht. Es kommt dann zur Realisierung i.S.d. Besteuerung der Kursgewinne und Anpassung der Anschaffungskosten nach dem Realisierungsvorgang.


© Hriday - AdobeStock

Davon **ausgenommen** ist die **Übertragung auf** ein **Depot desselben Steuerpflichtigen**, sofern auch zukünftig eine **durchgehende Besteuerung im Abzugsweg** gewährleistet ist. Umfasst sind alle **Übertragungen auf ein Depot desselben Steuerpflichtigen** – insbesondere auf ein anderes Depot bei derselben depotführenden Stelle; **von** einer **ausländischen** depotführenden Stelle auf ein Depot bei einer **inländischen** depotführenden Stelle; von einer inländischen depotführenden Stelle auf ein Depot bei einer inländischen depotführenden Stelle; **von** einer **inländischen** depotführenden Stelle auf ein Depot bei einer **ausländischen** depotführenden Stelle sowie von einer ausländischen depotführenden Stelle auf ein Depot bei einer anderen ausländischen depotführenden Stelle.

Bei der Übertragung von einem **inländischen** Depot auf ein **Depot** desselben Anlegers bei einer anderen **ausländischen** depotführenden **Stelle** kommt es nur dann zur **Steuerfreiheit** (keine fiktive Veräußerung), wenn die **Besteuerung** der Kapitalanlagen **weiterhin sichergestellt** ist.

Wichtige Voraussetzung ist überdies, dass die **inländische übertragende depotführende Stelle** dem **Finanzamt** (für Großbetriebe) auftragsgemäß bestimmte **Informationen** übermittelt. Die **Mitteilung** hat **innerhalb eines Monats** ab dem Zeitpunkt der Übertragung und grundsätzlich in **elektronischer Form** zu erfolgen.

Fortsetzung auf Seite 4

DEPOTÜBERTRAGUNG KANN ZUR FIKTIVEN VERÄUSSERUNG FÜHREN

Fortsetzung von Seite 4

Die Mitteilung muss folgende Daten enthalten:

» Den vollständigen Namen des Steuerpflichtigen (bzw. Firmenwortlaut oder Bezeichnung),
» Steuer- oder Sozialversicherungsnummer,
» Adresse und Geburtsdatum,
» die eindeutig identifizierbare Bezeichnung der übertragenen Wirtschaftsgüter (inkl. ISIN, Anzahl und/oder Nominale),
» Anschaffungskosten der übertragenen Wirtschaftsgüter und
» jene depotführende Stelle, auf die die Übertragung erfolgt.

Der **KESt-Abzug** (fiktiver Veräußerungstatbestand) kann nur dann **unterbleiben**, wenn diese **Daten richtig mitgeteilt** werden, wobei bis zum Verstreichen der Monatsfrist die Korrektur der mitgeteilten Daten möglich ist. Zu beachten ist jedoch, dass die Mitteilung durch den Depotinhaber selbst nicht befreiend wirkt.

Wird keine Zustimmung zur Datenübermittlung an das Finanzamt erteilt, muss die **übertragende** inländische **depotführende Stelle** im Zeitpunkt der **Depotübertragung** die **KESt zwingend abziehen**. Wird die **Mitteilung** trotz Beauftragung **nicht** oder **verspätet vorgenommen**, ist sie **unvollständig** oder enthält sie **falsche Daten**, wird der **Übertragungsvorgang steuerpflichtig** (mangels Anwendung der Ausnahmebestimmung).

Schließlich muss auch bei der Übertragung **von** einem **ausländischen** Depot auf ein anderes **ausländisches** Depot desselben Steuerpflichtigen eine **Datenmitteilung** an das **Finanzamt innerhalb eines Monats** erfolgen, damit die **Besteuerung** bei **Depotentnahme vermieden** werden kann. Umfasst davon sind sowohl Übertragungen innerhalb desselben Staates als auch solche in andere Staaten. Die zu meldenden Daten entsprechen grundsätzlich den oben angeführten – die **Meldung** hat jedoch **durch** den **Steuerpflichtigen** und nicht durch die Bank zu erfolgen.

DOPPELTE HAUSHALTSFÜHRUNG UND FAMILIENWOHNSITZ – WERBUNGSKOSTEN UND PENDLERVERORDNUNG


© idharmalan - AdobeStock

Das **BFG** hatte sich in seiner Entscheidung vom 13. Mai 2025 (GZ RV/7104120/2024) mit der **steuerlichen Anerkennung** einer **doppelten Haushaltsführung** sowie der **Abzugsfähigkeit** von Kosten für **Familienheimfahrten** auseinanderzusetzen. Im Mittelpunkt stand die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein **„Familienwohnsitz“** bzw. ein **„eigener Hausstand“** vorliegt. Grundsätzlich können nach § 20 Abs. 1 Z 1 EStG die für den **Haushalt** des **Steuerpflichtigen** und für den Unterhalt seiner Familienangehörigen aufgewendeten Beträge bei den einzelnen Einkünften **nicht abgezogen** werden. Hat jedoch der Steuerpflichtige aufgrund der beruflichen Veranlassung zwei Wohnsitze und ist die Verlegung des Familienwohnsitzes an den Ort seiner Beschäftigung nicht zumutbar, können die mit der doppelten Haushaltsführung verbundenen Mehraufwendungen als **Werbungskosten** abgesetzt werden.

Im vorliegenden Fall war der Steuerpflichtige **in Wien berufstätig** und nutzte dort eine **Wohnung** eines **Bekannten** gegen **Kostenbeteiligung**. Seine **Familie** lebte in der **Slowakei** im Haus der **Schwiegereltern**, wo dieser mit Ehefrau und Kind zwei Zimmer bewohnte und sich an den Haushaltskosten beteiligte. Eine **tägliche Rückkehr** in die Slowakei war aufgrund der Entfernung **unzumutbar**.

Das BFG bestätigte zunächst, dass die **Kosten für** die **Wohnung** am Beschäftigungsort **Wien** als **Werbungskosten** anzuerkennen sind. Maßgeblich sei, dass die **doppelte Haushaltsführung beruflich veranlasst** ist, da eine Wohnsitzverlegung unzumutbar erscheint. Dies war hier insbesondere aufgrund der familiären Situation gegeben, da es für die **Familie unzumutbar** gewesen wäre, in eine **Zwei-Zimmer-Wohnung in Wien** zu **übersiedeln**, die vom Steuerpflichtigen lediglich mitbenutzt wird. Hervorzuheben ist, dass das Gericht **keine hohen Anforderungen** an die **Unterkunft am Arbeitsort** stellt – bereits ein Untermietzimmer kann ausreichend sein. Von zentraler Bedeutung ist die Klarstellung, dass das **Fehlen** eines klassischen **„eigenen Hausstands“** am Familienwohnsitz in der Slowakei der **Anerkennung** von Kosten der doppelten Haushaltsführung **nicht zwingend entgegensteht**.

Anders beurteilte das BFG jedoch die **Abzugsfähigkeit** der **Familienheimfahrten** und die Geltendmachung des **Pendlerpauschales**. Hier sei die **Definition** des **„eigenen Hausstands“** gemäß § 4 Pendlerverordnung **maßgeblich**. Diese verlangt eine **eigenständige Wohnung**, die den **Lebensbedürfnissen entspricht**. Da im konkreten Fall am Familienwohnsitz in der Slowakei Küche und Sanitärbereiche lediglich mitbenutzt wurden, **verneinte** das **BFG** das **Vorliegen** eines **eigenen Hausstands** i.S.d. **Pendlerverordnung**. Somit konnten weder die **Kosten für** die **Familienheimfahrten** noch das **Pendlerpauschale steuerlich berücksichtigt** werden.

Bei allen personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für beide Geschlechter.
Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr.

Impressum:
Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Klier, Krenn & Partner – Klienten-Info GmbH
Redaktion: 1190 Wien, Döblinger Hauptstraße 56/4.

Richtung: unpolitische, unabhängige Monatsschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist.

© www.klienten-info.at
© Konzept & Design: DI(FH) Sylvia Fürst